JAHRESBILANZ AGRARÖKOLOGIE

Analyse ein Jahr nach Veröffentlichung des Positionspapiers „Agrarökologie stärken“ 2019.

Wo hat die GroKo Fortschritte gemacht – und wo ist sie auf dem falschen Weg?

2019 war das Jahr der gefährlichen Brandherde, nicht nur im Amazonas, sondern auch in den USA, Australien, Bolivien, Indonesien, Angola und dem Kongo. Wertvolle, natürliche Lebensgrundlagen wurden zerstört. Die Klimakrise spitzt sich zu: 2019 war das Jahr der Temperaturrekorde. Der Juli war weltweit der heißeste Monat der Messgeschichte. 2019 war auch das Jahr, in dem der weltweite Hunger im dritten Jahr in Folge gestiegen ist. Der Internationale Währungsfonds (IWF) wies im selben Jahr darauf hin, dass die steigende Marktmacht von wenigen reichen Konzernen negative Folgen für Arbeiter*innen haben könnte.[1] Der Weltbiodiversitätsrat (IPBES) warnte im Jahr 2019, dass bis zu eine Million Arten vom Aussterben bedroht sind und wies auf den notwendigen Erhalt der Artenvielfalt für die Welternährung hin. Und, in einem Sonderbericht zeigte der Weltklimarat (IPCC), wie die Klimakrise den Druck auf Landsysteme verstärkt und damit zunehmend Existenzgrundlagen von Menschen bedrohen kann. Gleichzeitig wies er auch auf das Potenzial des Erhalts von Ökosystemen und einer nachhaltigeren Land- und Forstwirtschaft hin. Erhebliche Potenziale und starke Lösungsansätze zeigt der Bericht des „High Level Panel of Experts“ (HLPE) des UN-Welternährungsausschusses (CFS) zu „Agrarökologie und anderen innovativen Ansätzen“ auf, der im Juli 2019 veröffentlicht wurde.

Im Januar 2019 – vor einem Jahr – haben 59 Organisationen und Verbände aus Umwelt, Entwicklung, bäuerliche Landwirtschaft, Ökolandbau und Lebensmittelhandwerk ihren Forderungskatalog an die Bundesregierung veröffentlicht.[2] Die dramatischen Entwicklungen zeigen: Eine grundlegende Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme durch holistische Ansätze wie Agrarökologie ist weltweit dringend erforderlich. Im Folgenden sollen nun – ein Jahr später – Licht und Schatten der Regierungspolitik des Jahres 2019 aufgezeigt werden. Damit ist kein Anspruch auf eine umfassende Bewertung des Regierungshandelns verbunden. Auch wenn vereinzelt positive Entwicklungen sichtbar sind, kann noch nicht von einer Trendumkehr in der Regierungspolitik gesprochen werden. Ein kohärenteres Regierungshandeln zur Stärkung holistischer Ansätze, wie der Agrarökologie, ist bisher nicht erkennbar.

Hoffnungsschimmer: Drei positive Trends

1 Das Entwicklungsministerium setzt auf Agrarökologie

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist erfreulicherweise entschlossen, Agrarökologie stärker zu fördern. Um den Stand des deutschen Engagements – technische und finanzielle Zusammenarbeit – im Themenfeld Agrarökologie zu ermitteln, hatte das BMZ eine Portfolioanalyse in Auftrag gegeben. Das Ergebnis: Von Anfang 2014 bis September 2018 entfielen weniger als 10 Prozent der landwirtschaftlichen Mittelzusagen auf Agrarökologie-relevante Vorhaben. Dieses Ergebnis wurde vom BMZ als Auftrag verstanden, sein Engagement und das von GIZ und KfW für Agrarökologie substantiell und gezielt auszubauen.

Das Engagement des BMZs spiegelt sich bereits in ersten Vorhaben wider: Im Jahr 2019 wurden regionale ökologische Wissenszentren in Ost-, West- und im südlichen Afrika auf den Weg gebracht, mit denen Wissen über die ökologische Landwirtschaft verbreitet und agrarökologische Netzwerke gestärkt werden sollen. Für 2020 hat das BMZ eine Veröffentlichung eines Aktionsplans Agrarökologie angekündigt. Das Engagement des BMZs ist sehr ermutigend. Inwieweit der holistische Ansatz der Agrarökologie allerdings systematisch politisch verfolgt und finanziell gefördert wird, wird sich in der Programmarbeit und in Strategiepapieren des BMZ in den nächsten Monaten zeigen. Entscheidend ist, dass es dem BMZ gelingt, eine grundsätzliche Abkehr von Ansätzen der „Grünen Revolution" und entsprechenden Wertschöpfungsketten sowie von einseitiger Technologieorientierung zu vollziehen.

2 Der Bundestag macht sich für die Förderung der Agrarökologie stark

Ende Juni 2019 haben die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD im Bundestag einen Antrag verabschiedet, der die Bundesregierung auffordert, die „Potenziale aus der Agrarökologie anzuerkennen und zu unterstützen" und damit die Nachhaltigkeitszielen zu erreichen.[3] In dem Beschluss wird darauf verwiesen, dass auch politische und soziale Faktoren einbezogen und Fragen von Machtstrukturen und Ungleichheit adressiert werden müssen, um die Einhaltung des Menschenrechts auf Nahrung zu gewährleisten.

Der Bundestag fordert die Bundesregierung u. a. auf,

- Agrarökologie als Konzept zur Armutsbekämpfung auf dem Land in der Entwicklungszusammenarbeit zu fördern;
- im Finanzrahmen der Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger" (SEWOH) mehr finanzielle Mittel für die Förderung agrarökologischer Ansätze bereitzustellen und sich bei den Verhandlungen über den EU-Entwicklungsetat auch dafür einzusetzen;
- sich im Rahmen des Koronivia-Arbeitsprogramms der UN-Klimaverhandlungen sowie beim Green Climate Fund (GCF) für die Förderung agrarökologischer Ansätze einzusetzen;

Es bleibt abzuwarten, ob die Bundesregierung diesen Forderungen nachkommt und ob der Bundestag die Umsetzung der wichtigen Forderungen nachhält und vor allen Dingen auf eine in punkto Agrarökologie kohärente Agrar- und Handelspolitik drängt. Dem BMZ und dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat der Bundestag auf jeden Fall ein starkes und klares Mandat zur Stärkung der Agrarökologie gegeben. Dies muss jetzt umgesetzt werden.

3 Agrarökologie-Prozess wird im UN-Welternährungsausschuss gefördert

Im Juli 2019 wurde der Bericht des „High Level Panel of Experts" (HLPE) des UN-Welternährungsausschusses (CFS) zu Agrarökologie und anderen innovativen Ansätzen veröffentlicht. Der Bericht unterstreicht die Bedeutung von staatlichen Förderpolitiken und Politikkohärenz sowie die Notwendigkeit von „großen Politikveränderungen".[4] Üblicherweise folgt nach einem HLPE-Bericht ein politischer Prozess, der in gemeinsamen Empfehlungen mündet. Es ist unter anderem den diplomatischen Bemühungen der deutschen Botschaft in Rom und dem BMEL zu verdanken, dass die Hürde für die Ernennung eines iranischen Vorsitzenden aus dem Weg geräumt und damit der Prozess fortgesetzt werden konnte. Die Empfehlungen sollen im Oktober 2020 verabschiedet werden. Es bleibt abzuwarten, ob das BMEL sich zusammen mit Frankreich und anderen für starke Politikempfehlungen zur Förderung der Agrarökologie und für eine enge Verzahnung mit dem Verhandlungsprozess zu den freiwilligen Leitlinien „Food Systems and Nutrition" einsetzt. Nur so wird eine Basis für eine grundlegende Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme geschaffen.

1 Rising corporate market power could hit workers, investment: IMF.
https://www.reuters.com/article/us-imf-worldbank-companies/rising-corporate-market-power-could-hit-workers-investment-imf-idUSKCN1RF1RK
2 Forum Umwelt und Entwicklung (2019): Bundesregierung muss Potenzial von Agrarökologie nutzen. Pressemitteilung vom 18.1.2019.
https://www.forumue.de/pressemitteilung-bundesregierung-muss-potenzial-von-agraroekologie-nutzen/
3 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Nachhaltige Entwicklungsziele erreichen – Potenziale aus der Agrarökologie anerkennen und unterstützen.
https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/089/1908941.pdf.
4 HLPE (2019): Agroecology and other innovative approaches. http://www.fao.org/3/ca5602en/ca5602en.pdf.
5 Bioland (2019): Bioland kritisiert Klöckners Tricks beim Klimaschutz. Pressemitteilung vom 20.9.2019.
https://www.bioland.de/presse/presse-detail/article/bioland-kritisiert-kloeckners-tricks-beim-klimaschutz.html.
6 Klimaallianz (2019): Studie: Klimaziele in der Landwirtschaft nur mit Abstockung der Tierbestände zu erreichen.
https://www.klima-allianz.de/presse/meldung/studie-klimaziele-in-der-landwirtschaft-nur-mit-abstockung-der-tierbestaende-zu-erreichen/
7 Idel, Anita (2018): Die Grasfresser wieder zu Landschafts-Gärtnern machen. https://oya-online.de/article/read/3031-.html.
8 Zukunftsstiftung Landwirtschaft (2016): Populationssorten: Strategie.
https://www.zukunftsstiftung-landwirtschaft.de/media/SGF_Infobrief_Bestellangebote/bioland_2016_08_s20-21_Populationssorten.pdf.

Stand: März 2020, Grafik: Marischka Lutz, V.i.S.d.P.: INKOTA-netzwerk e. V., Arndt von Massenbach, Chrysanthemenstraße 1–3, 10407 Berlin, inkota@inkota.de

Auf dem falschen Weg: Drei negative Trends

1 Landwirt*innen mit Existenzsorgen werden vom BMEL allein gelassen

Seit Herbst 2019 demonstrieren Bäuerinnen und Bauern, weil sie ihre Existenz gefährdet sehen und die Kosten für die verfehlte Agrarpolitik auf sie abgewälzt werden. Das Höfesterben ist dramatisch, in den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der Höfe halbiert. Besonders betroffen sind Schweinehalter*innen und Milchbetriebe. Auch in armen Ländern werden kleinbäuerliche Betriebe durch Konzerne und Investoren vom Land und Markt verdrängt. Eine weltweit zukunftsfähige Landwirtschaft ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Damit diese grundlegende Zukunftsfrage endlich angegangen wird, demonstrierten im Januar 2020 im zehnten Jahr in Folge auf der „Wir haben es satt" Demonstration erneut 27 000 Menschen.

Ein nationales Dialogforum („Road-Show") und eine Aufklärungskampagne – wie von Frau Klöckner vorgeschlagen – reichen nicht aus. Grundlegende Probleme wie zu niedrige Preise, die ungerechte Verteilung von Agrarsubventionen, die Marktmacht von Agrar- und Lebensmittelkonzernen werden nicht aufgegriffen. Änderungen im Pestizid- und Düngerecht sind unerlässlich, um Insekten und unser Grundwasser zu schützen. Die betriebliche Finanzierung der erforderlichen Änderungen in punkto Tier-, Umwelt- und Klimaschutz lässt sich unter den aktuellen Marktbedingungen allerdings nicht erwirtschaften. Deswegen muss die Politik, die einen ruinösen Wettbewerb zulasten von Mensch, Tier und Natur anheizt, geändert werden. Die Landwirtinnen und Landwirte müssen bei diesem Transformationsprozess beteiligt und begleitet werden, beispielsweise durch bessere Beratungsangebote und Fördermittel sowie durch faire Erzeugerpreise.

2 Klimapaket: Emissionsziele im Bereich der Landwirtschaft nicht erreichbar

Mitte November 2019 hat die Große Koalition das Klimapaket verabschiedet. Bei den Maßnahmen für die Landwirtschaft orientiert sie sich an dem 11-Punkte-Plan des BMEL und plant die Ausweitung von entsprechenden Fördermöglichkeiten. Die Klima-Allianz kritisiert die geplanten Maßnahmen als zu unkonkret und unzureichend, um die klimapolitischen Verpflichtungen Deutschlands einzuhalten.[5] Die Klima-Allianz hat durchrechnen lassen, mit welchen Maßnahmen das Klimaziel 2030 im Bereich Landwirtschaft sicher zu erreichen ist. Das Ergebnis: Dies ist nur mit einer Abstockung der Tierbestände möglich.[6]

Die Höhe der zukünftigen Tierbestandsabstockungen sollte sich neben den Klimaschutzzielen vor allem an der Flächenbindung, dem Erhalt des Grünlands und den maximal tolerierbaren Stickstoffverlusten in die Umwelt orientieren. Die Entwicklung eines auf die Ziele hin ausbalancierten Pakets politischer Instrumente wird hierzu notwendig sein. Der Bericht der Borchert Kommission liefert für diese Thematik wichtige erste Impulse. Hier ist die Bundesregierung gefragt, endlich zu handeln. In agrar-ökologischen Ernährungssystemen sind integrierte Tier-Pflanzen-Systeme ein wichtiger Bestandteil. Der Tierbesatz muss bei der Weidehaltung immer flexibel an das Graswachstum angepasst werden, um eine Über-/Unterbeweidung zu vermeiden.[7] Potenziale bieten ebenso diversifizierte Anbausysteme, Agroforstsysteme, Ökolandbau und Leguminosenanbau. Denn die Anpassung an die Klimakrise ist zukünftig eine wichtige Aufgabe der Landwirtschaft.

3 Bioökonomie-Strategie: Nachhaltigkeit der Landwirtschaft gefährdet

Im Zentrum der bisherigen Forschungen und Strategien zur industriellen Bioökonomie stehen vor allem Verfahren der alten und neuen Gen- und Biotechnologie, obwohl die deutsche Öffentlichkeit die gentechnische Veränderung von Tieren und Pflanzen mehrheitlich ablehnt. Außerdem sollen biogene, nachwachsende Rohstoffe die fossilen Rohstoffe ersetzen. Wie die dafür notwendige Biomasse ökologisch und sozial nachhaltig produziert werden kann, bleibt unklar. Im Januar 2020 hat die Regierung nun eine gemeinsame Bioökonomie-Strategie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des BMEL beschlossen. Darin werden zwar punktuell zentrale Gedanken der Nachhaltigkeitsdebatte aufgegriffen, ohne diese jedoch in konkrete und kohärente politische Maßnahmen zu übersetzen und in der Forschungsförderung entsprechend zu berücksichtigen. Auch das Wachstumsparadigma wird nicht in Frage gestellt. Ebenso fehlen konkrete Forschungsziele in Bezug auf alternative Wirtschafts- und Agrarsysteme wie zum Beispiel der Agrarökologie.

Im Kern bedeutet die neue Bioökonomiestrategie die weitere Intensivierung der industriellen Landwirtschaft, u. a. mit der neuen Gentechnik (CRISPR). Unerklärlich ist, wie der Verlust an Biodiversität ausgerechnet durch die Intensivlandwirtschaft rückgängig gemacht werden soll, die schon heute für den Rückgang der Artenvielfalt maßgeblich verantwortlich ist. Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen werden sich nicht durch eine effizientere Produktion lösen lassen. Eine Strategie, die in erster Linie einer industriellen Landwirtschaft das Wort redet, wird der notwendigen sozial-ökologischen Transformation nicht gerecht. Ob der Umsetzungsplan, der noch erarbeitet werden soll, konkrete Schritte für mehr Nachhaltigkeit enthalten wird, bleibt abzuwarten. Das Potenzial von agrarökologischen Methoden und einer verbesserte Kreislaufwirtschaft sind noch nicht ausgeschöpft, um Ressourcen stärker als bisher nachhaltig zu nutzen. Die Vorstellung eines unbegrenzten Wachstums gehört der Vergangenheit an.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: In der internationalen Zusammenarbeit gibt es ermutigende Ansätze. Dabei ist entscheidend, dass es dem BMZ gelingt, eine grundsätzliche Abkehr von einseitiger Technologieorientierung sowie von Ansätzen der „Grünen Revolution" und entsprechenden Wertschöpfungsketten zu vollziehen. Die politischen Antworten der Bundesregierung auf soziale und ökologische Krisen zeigen: Sie verhindern den notwendigen Umbau des Agrar- und Ernährungssystems in Deutschland und Europa, und konterkarieren die aktuellen Bemühungen des BMZ. Eine in punkto Agrarökologie kohärente Agrar- und Handelspolitik ist bisher nicht in Sicht.

Aufbauend auf dem Positionspapier 2019 werden im Folgenden einige Forderungen konkretisiert, um den Umbau der Agrar- und Ernährungssysteme durch die Stärkung der Agrarökologie voranzubringen und um unsere Erwartungen an die Bundesregierung deutlich zu formulieren.

10 FORDERUNGEN

an die Bundesregierung zur Förderung der Agrarökologie

1 Bis spätestens Ende der Legislaturperiode sollte **Agrarökologie als Themenschwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit** im Agrar- und Ernährungsbereich langfristig verankert und in Form **eines eigenen Referats** im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung institutionalisiert werden.

2 Das BMZ sollte bei der Überarbeitung **seines Reformprogramms 2030** die drei aufgeführten Aktionsfelder – Ernährungssicherheit, ländliche Entwicklung, Landwirtschaft – beim Kernthema „Eine Welt ohne Hunger" durch **Agrarökologie, lokale und regionale Ernährungssysteme sowie Landreformen** ersetzen. Die Privatsektororientierung sollte als Kriterium für die Zusammenarbeit mit Reformpartnerländern gestrichen und Kooperationen nicht weiter verlängert bzw. eingestellt werden, sofern sie Ansätze der Grünen Revolution und entsprechende Wertschöpfungsketten fördern.

3 Das BMZ sollte bis Ende des Jahres 2020 **einen Aktionsplan** (inkl. Maßnahmen, Umsetzungsplan und Monitoring) für die systematische und kohärente **Ausweitung von agrarökologischen Ansätzen** und die stufenweise Einstellung des Einsatzes von chemisch-synthetischen Düngemitteln und Pestiziden bei ihren landwirtschaftlichen Projekten vorlegen.

4 Die Bundesregierung sollte sich national und international für **Agrarökologie als zentrales Förderkonzept bei Klimaschutz und Klimaanpassung** im Agrar- und Ernährungsbereich einsetzen. Multilaterale Klimafonds wie zum Beispiel der Green Climate Fund (GCF) sollten die 10 FAO-Elemente der Agrarökologie in ihren Förderrichtlinien für Landnutzung und Landwirtschaft verankern. Dabei sollten die Gelder über die Ausweitung des „Enhanced Direct Access" Programmes des GCF verstärkt lokalen und indigenen Gemeinschaften, vulnerablen Bevölkerungsgruppen, Basis-Organisationen und sozialen Bewegungen zugänglich gemacht werden, um agrarökologische Ansätze im Rahmen lokaler Klimaanpassungsstrategien anwenden. Diese sollten ebenso dabei unterstützt werden, gleichberechtigt bei der Erstellung von nationalen Klimaschutz- und Anpassungsplänen mitwirken zu können, auch im Rahmen der NDC-Partnerschaft.

5 Das BMZ sollte ein **Strategiepapier** vorlegen, das einen Plan zur praktischen und institutionellen Umsetzung des grundlegenden Prinzips der **„partizipativen Bildung von Wissen"** („Co-Creation of Knowledge") in der Entwicklungszusammenarbeit ausführt. Das heißt: Der horizontale Austausch von Wissen (beispielsweise Farmer-to-Farmer) wird gefördert und die Forschung erfolgt unter starker Beteiligung von Bäuerinnen und Bauern sowie sozialen Bewegungen. Dieses Strategiepapier sollte ein zentraler Baustein der zukünftigen Kernthemen-Strategie „Eine Welt ohne Hunger" darstellen.

6 Die Bundesregierung sollte sich als Vorsitzende des Global Agriculture and Food Security Programs **(GAFSP) für eine stärkere agrarökologische Ausrichtung** dieses Landwirtschaftsfonds einsetzen: Mindestens 50 Prozent der Mittel sollten Produzentenorganisationen für agrarökologische Maßnahmen auf Basis der 10 FAO Elemente der Agrarökologie zur Verfügung gestellt werden. Zudem sollte noch im Jahr 2020 ein Förderaufruf „Agrarökologie" herausgegeben werden, der sich an Basisorganisationen ausrichtet und eine agrarökologische Transformation unterstützt.

7 Die Bundesregierung sollte ein **Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln zu Dumpingpreisen** bei der Umsetzung der **EU-Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in** Deutschland in die Verbotsliste aufnehmen. Dadurch könnte erreicht werden, dass mit den Verkaufspreisen im Supermarkt bzw. im Lebensmittelladen die Produktionskosten innerhalb der Lieferkette gedeckt werden können. Das heißt, dass faire Erzeugerpreise und existenzsichernde Löhne für Arbeiter*innen bezahlt werden können.

8 Die Bundesregierung und Landesregierungen sollten auch die Solidarische Landwirtschaft und Vermarktungsnetzwerke von bäuerlichen Erzeuger*innen, handwerklichen Lebensmittelhersteller*innen und Konsument*innen auf kommunaler, regionaler und Länder-Ebene fördern, um **lokale und regionale Ernährungssysteme zu stärken**. Zum Beispiel durch die Förderung von Gemeinschaftsverpflegung und auf Bundesebene durch die Einführung eines **„Zukunftsprogramms Solidarische Landwirtschaft** und Vermarktungsnetzwerke", das bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) angesiedelt sein könnte und mit mindestens 15 Mio. € für fünf Jahre ausgestattet sein sollte.

9 Mit der **Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU** sollten neben einer grundsätzlichen Neuausrichtung auch neue**, innovative Ansätze der Agrarökologie** aufgegriffen, förderfähig gemacht und vom BMEL entsprechend unterstützt werden. Dazu zählen Agrarforstsysteme, mithilfe derer Nährstoffe besser gespeichert, Erosion verhindert, Kohlenstoff in tiefere Wurzelschichten eingelagert und Pilznetzwerke im Boden gefüttert werden können. Ebenso sollte die bäuerliche Arbeit beim Anbau von sogenannten Populationssorten förderfähig werden, da diese sich besser an ihre standörtlichen Umweltbedingungen anpassen und sich weiterentwickeln. Hierbei werden selbstbefruchtende, aber heterogene Getreidesorten („Evolutionsramsche") ausgesät.[8] Diese praktischen Ansätze sollten im Rahmen eines internationalen Forschungs- und Austauschprogrammes zwischen Bäuerinnen und Bauern, Wissenschaft und Züchter*innen unterstützt werden.

10 Auf der Ebene des **Welternährungsausschusses (CFS)** sollte sich die Bundesregierung bei den Verhandlungen der Politikempfehlungen zu Agrarökologie dafür einsetzen, dass die Kernaussagen des Berichts des „High Level Panel of Experts" (HLPE #14) zentral aufgenommen werden. Ihrer Bewertung zufolge kann nur Agrarökologie als transformativer Ansatz zum Umbau des globalen Ernährungssystems gelten. Jenseits der 10 FAO-Elemente der Agrarökologie sollten wie vom HLPE vorgeschlagen auch die **Konzepte des ökologischen Fußabdruckes und der „ermächtigenden Selbstvertretung" („agency")** Eingang in die Politikempfehlungen zu Agrarökologie und in die „Freiwilligen Leitlinien zu Ernährungssystemen" finden. Beide Prozesse sollen im Oktober 2020 beendet und in Rom vorgestellt werden.